

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland hat gewählt – und unser erweiterter Vorstand, bestehend aus unseren Kabinettsmitgliedern sowie dem Fraktionsvorstand, hat gratuliert. Denn mit der Umbildung des Bundeskabinetts verbinden wir die Hoffnung und Erwartung, dass Liegegebliebenes nun rasch umgesetzt werden kann. Nötig wäre es allemal, schließlich steht die Bundesrepublik vor den denkbar größten Herausforderungen – sowohl innenpolitisch angesichts deutlich erstarkter politischer Ränder als auch außenpolitisch.

Deshalb muss die Union jetzt vor allem Lösungen präsentieren. Die neue Bundesregierung muss die Krankenhausfinanzierung auf tragfähige Beine stellen, die leistungsfeindliche und ungerechte Erbschaftsteuer abschaffen, die weiterhin ungelöste Migrationsfrage klären, die Unterfinanzierung der Kommunen durch Einführung bezahlbarer Standards beenden und ein Ganztagsangebot aufgleisen, das den Namen verdient.

Ferner muss das Bundesteilhabegesetz endlich reformiert, die Bürgergeldfrage gelöst und die Steuervergütung für Agrardiesel wieder eingeführt werden – so wie es die CSU seinerzeit in Bayern gefordert hatte. Weitere Stellschrauben sehen wir in der überfälligen Einführung eines Wirtschaftsstrompreises und eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent auf Getränke und Speisen in Gaststätten. Zudem muss der Digitalpakt Schule mit auskömmlichen Mitteln hinterlegt und die Bündnis- und Landesverteidigung auf tragfähige Beine gestellt werden. Und der Länderfinanzausgleich muss endlich bayernfreundlich reformiert werden. Mehr dazu auf der nächsten Seite!

Viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

**FÜR EINE POLITIKWENDE IM
BUND!**

**FRAKTIONS-INITIATIVEN
2025**

**BUNDESTEILHABE-GESETZ
REFORMIEREN!**

**UNSERE SOCIAL MEDIA-
BEITRÄGE – DANKE FÜRS
TEILEN!**

Für all diese Aufgaben wünschen wir dem designierten Bundeskanzler und seiner zukünftigen Bundesregierung ein allzeit glückliches Händchen. Und selbstverständlich stehen wir unserem Koalitionspartner auch weiterhin gerne mit Lösungsvorschlägen zur Seite – auf dass im fernen Berlin endlich die großen Probleme gelöst werden.

Für eine Politikwende im Bund: Fraktion fordert Neustart für Deutschland

Nach der Bundestagswahl braucht Deutschland jetzt einen echten Kurswechsel. Besonders in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch in den Bereichen der Sozial-, Gesundheits- und Sicherheitspolitik wird die künftige Bundesregierung schnellstmöglich auf einen neuen Weg zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger umschwenken müssen.

Wir erwarten von der zu bildenden Bundesregierung eine rasche Reaktion auf die nach mehreren Jahren Ampelkoalition und zuletzt Minderheitsregierung brach liegenden Herausforderungen unserer Gesellschaft. Aus bayerischer Sicht besonders relevant ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die nach wie vor zu hohen Energiepreise müssen sinken, kurzfristig ist dazu auch ein Wirtschaftsstrompreis erforderlich, der den nötigen Ausbau der Netze sowie der emissionsarmen Stromerzeugung flankiert.

Um die Wirtschaftskrise zu überwinden, müssen wir die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auf mehr Wettbewerbsfähigkeit trimmen. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion plädieren für eine spürbare Senkung der steuerlichen Belastung von Unternehmen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau. Klimaschutzpolitik muss sich in international abgestimmten Maßnahmen zeigen und darf nicht in nationalen Alleingängen gedacht werden. Arbeit muss sich wieder stärker lohnen, weshalb Anpassungen des Steuer- und Sozialsystems unumgänglich sind. Außerdem darf Dekarbonisierung nicht Deindustrialisierung bedeuten und Bürokratie nicht zum Bremsklotz unserer Wirtschaft werden.

Auch die Sorgen der bayerischen Kommunen dürfen von der kommenden Bundesregierung nicht überhört werden: Wir brauchen dringend umfangreiche Änderungen an der verfehlten Krankenhausreform sowie der Gesundheits- und Pflegereform. Eine verlässliche und wohnortnahe Gesundheitsversorgung darf nicht auf große Ballungsgebiete beschränkt werden. Außerdem ist die Senkung von Standards im Sozialbereich zur finanziellen Entlastung der Kommunen dringend notwendig. In der Asyl- und Sicherheitspolitik ist ebenfalls eine deutliche Wende erforderlich, die die irreguläre Migration wirksam unterbindet und für eine Stärkung von Polizei und Sicherheitsorganen sorgt. Nur so kann Integration vor Ort erfolgreich gelingen.

Mehr [HIER](#).

Fraktionsinitiativen 2025: 90 Millionen Euro für bayernweite Impulse und regionale Projekte:

Förderung des ländlichen Raums, Unterstützung der Inneren Sicherheit und des ehrenamtlichen Engagements sowie Aufstockungen bei Jugend, Sport und Wissenschaft: Mit unseren Fraktionsinitiativen in Höhe von 90 Millionen Euro unterstützen wir auch in diesem Jahr besondere regionale Projekte und herausragende Initiativen im gesamten Freistaat – und runden damit den Nachtragshaushalt 2025 ab.

Über 400 Projekte in allen Regionen Bayerns profitieren von unseren Fraktionsinitiativen. Ob die massive Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, mehr Geld für sonderpädagogische Schulen oder unsere Unterstützung der Bahnhofsmissionen: Wir haben einen besonderen Blick darauf, wo den Menschen in Bayern der Schuh drückt und wo wir mit zusätzlichen Mitteln bestehendes Engagement fördern können. Damit sichern wir im Freistaat Wohlstand und Lebensqualität.

Gerade den jungen Menschen wollen wir Mut machen und Orientierung geben. Mehr als vier Millionen Euro fließen deshalb in Projekte der Jugendarbeit. Mit den bereitgestellten Mitteln verbinden wir unser klares Bekenntnis, jungen Menschen in Bayern neue Chancen eröffnen zu wollen. Allein die wertvolle Arbeit des Bayerischen Jugendrings unterstützen wir deshalb mit zusätzlichen 1,9 Millionen Euro.

Darüber hinaus stärken wir mit den Fraktionsinitiativen wichtige Bereiche im Alltag der Menschen. So fließen etwa zusätzliche Mittel in den Gesundheits- und Pflegesektor. Bildungsprojekte, die Erinnerungskultur und die Sanierung von Kirchen und Kapellen werden ebenso stark unterstützt wie Projekte im Bereich der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz – denn all diese Maßnahmen sind uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag echte Herzensanliegen.

Weiterhin investieren wir in die touristische Infrastruktur und in den Breitensport. Auch besondere Initiativen aus den Bereichen Wissenschaft, Landwirtschaft und Bildung sowie Kulturprojekte und Ausgrabungen stärken wir. Fast zwei Drittel unserer Fraktionsinitiativen gehen in den ländlichen Raum. Damit unterstützen wir besonders Projekte, die unmittelbar vor Ort wirken. Oft sind es gerade kleinere Initiativen in den Kommunen, bei denen der Staat mit vergleichsweise wenig Geld neue Kräfte für das Gemeinwohl entfesseln kann. Deshalb nutzen wir unsere Fraktionsinitiativen ganz gezielt, um die oftmals ehrenamtliche Arbeit in lokalen Projekten wertzuschätzen. Denn wenn wir Bayerns Spitzenposition halten möchten, sind wir auf dieses ehrenamtliche Engagement dringend angewiesen. So bleibt Bayern auch in Zukunft ein attraktiver Ort zum Arbeiten und Leben. Mehr HIER.

Unser Dringlichkeitsantrag: Fraktion fordert vom Bund Änderungen am Bundesteilhabegesetz

Unterkunftskosten für besondere Wohnformen gehören in die Grundsicherung! Das haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag gefordert. Die nächste Bundesregierung muss sich für eine grundlegende Reform der Finanzierung solcher Unterkunftskosten starkmachen. Besondere Wohnformen bieten Menschen mit Behinderungen, die auf intensive Betreuung und Assistenz angewiesen sind, die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Leider ist die Finanzierung durch die aktuelle Gesetzgebung unzureichend, denn das Bundesteilhabegesetz begrenzt die Höhe der Unterkunftskosten in besonderen Wohnformen auf maximal 125 Prozent der durchschnittlichen angemessenen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushalts. Diese Deckelung führt häufig dazu, dass die tatsächlichen Mietkosten die festgelegte Obergrenze überschreiten – insbesondere wegen der besonderen Anforderungen, die der Wohnraum aufgrund der Behinderung der Bewohnerinnen und Bewohner erfüllen muss.

Die aktuelle Regelung widerspricht der Grundidee von Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen. So muss die Differenz zwischen den tatsächlichen Mietkosten und dem gedeckelten Betrag derzeit durch die Eingliederungshilfe als Fachleistung abgedeckt werden. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Fachleistung, sondern einen grundlegenden Bestandteil der Existenzsicherung aller Betroffenen. Deshalb gehören diese Kosten in die Grundsicherung und nicht in die Eingliederungshilfe. Es muss nun eine faire und gerechte Finanzierung sichergestellt werden, die es Menschen mit Behinderungen unbürokratisch ermöglicht, in ihren eigenen vier Wänden zu leben – ohne finanzielle Sorgen haben zu müssen. Mehr [HIER](#).

Aktuelle Stunde: Wir stehen zur Schuldenbremse!

Wir stehen zur Schuldenbremse. Diese sollte aber durch eine Investitionsklausel ergänzt werden, die sich auf existenziell bedeutsame Ausnahmefälle beschränkt – etwa zur Erhöhung des Verteidigungsetats. Zudem fordern wir, schnellstmöglich zu einer soliden Haushaltspolitik nach dem Vorbild Bayerns zurückzukehren. Dazu bedarf es eines klaren Bekenntnisses zu Ordnungspolitik, Marktwirtschaft und Subsidiarität. Der Bund muss seine gegebenen Zusagen an Investitions- und Projektzuschüsse auch einhalten. Der Fokus der künftigen unionsgeführten Bundesregierung muss zwingend auf zukunftsorientierten, investiven Ausgaben statt sozialpolitischen Fehlanreizen liegen. Nur so können Bayern und Deutschland dauerhaft international konkurrenzfähig aufgestellt werden. Mehr [HIER](#).

Unser Dringlichkeitsantrag: Fraktion fordert gezielte Investitionen in Zukunftstechnologien

Wir möchten Bayern und Deutschland im weltweiten Wettbewerb um Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und Kernfusion wieder an die Spitze bringen. Mit der Hightech-Agenda hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Freistaat bereits den richtigen Weg eingeschlagen. Bayern fördert in diesem Rahmen Zukunftstechnologien mit insgesamt 5,5 Milliarden Euro. Nun ist die künftige Bundesregierung am Zug, ein positives Investitionsklima in Deutschland zu schaffen.

In Bayern stehen bereits jetzt zahlreiche Projekte in den Startlöchern, die durch die Bundesregierung schnell vorangetrieben werden müssen: etwa der Ausbau des europaweit ersten realgroßen Hyperloop-Testsegments in Taufkirchen zu einer funktionierenden Referenzstrecke durch die Technische Universität München.

Um diesen Weg erfolgreich fortsetzen zu können, braucht es eine neue Form der Zusammenarbeit von Bund und Ländern, damit Forschungsinfrastrukturen nachhaltig gestärkt und zukunftsfähig erweitert werden können – etwa mittels moderner medizinischer Geräte oder Rechenzentren. Zudem benötigen wir eine entschiedene Entbürokratisierung im Bereich der Forschungsförderung, damit Forscherinnen und Forscher mehr Zeit in ihre eigentliche wissenschaftliche Tätigkeit investieren können.

Wissenschaft und Wirtschaft dürfen nicht als Gegensätze gedacht werden, denn beide profitieren voneinander. Es bedarf daher gezielter Förderung von Transfer und Kooperation zwischen diesen beiden Welten, damit aus erfolgreicher Forschung ein wirtschaftlicher Nutzen für das ganze Land erwachsen kann. Wir FREIE WÄHLER im Landtag sehen den Freistaat als Vorreiter einer Wissenschaftspolitik, die nun auch von der Bundesregierung schnellstmöglich aufgegriffen werden muss.

Konkret fordern wir eine nationale Innovationsagenda nach bayerischem Vorbild, damit Deutschland international bei wichtigen Spitzentechnologien nicht den Anschluss verliert. Ein nationaler Demonstrationsreaktor für Kernfusion in Bayern muss ebenso auf der Agenda stehen wie eine nationale Luft- und Raumfahrtoffensive. Auch bei der Universitätsmedizin und der Gesundheitswissenschaft erwarten wir nach dem Vorbild der HighMed Agenda Bayern eine kraftvolle Stärkung. Mehr [HIER](#).

UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

#MemesDerWoche: Gratulation, Herr Merz!

Deutschland hat gewählt – und unser erweiterter Fraktionsvorstand gratuliert. Schließlich verbinden unsere Kabinetts- und Vorstandsmitglieder mit der Umbildung des Bundeskabinetts die Hoffnung und Erwartung, dass – um es mit den Worten unseres Ministerpräsidenten zu sagen – in Berlin nun endlich wieder große Brötchen gebacken werden können. Mehr [HIER](#).



#Reel: Fraktionsinitiativen 2025

Diese Woche haben wir im Rahmen einer Pressekonferenz die Fraktionsinitiativen zum Nachtragshaushalt 2025 vorgestellt. Das bedeutet: 90 Millionen Euro von uns für unterschiedlichste Projekte im Freistaat. Warum sind uns diese Investitionen so wichtig? Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl und der haushaltspolitische Sprecher Bernhard Pohl erklären es im Video. Zum Reel geht's [HIER](#).

**#StreiblsStandpunkt:
Kleinere Brötchen backen?**

Sollen wir künftig kleinere Brötchen backen? Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl erklärt im Reel, was er von diesem kuriosen Ratschlag hält. Zu unserem Social Media-Format #StreiblsStandpunkt geht's [HIER](#).



Wir wünschen Ihnen eine schöne Woche!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister
Klosterstraße 10
91301 Forchheim
Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de